



Dalai Lama auf Visite

Volle Agenda. Das geistige Oberhaupt der Tibeter, der Dalai Lama, weilt seit Samstag und noch bis Mittwoch in der Schweiz. Vorgestern sprach er im Forum Arena in Fribourg zu seinen Anhängern (Bild). Morgen Dienstag wird er von Nationalratspräsidentin Maya Graf im Bundeshaus empfangen. Die parlamentarische Gruppe Tibet kritisiert, dass kein Termin beim Bundesrat geplant ist. mfu Foto Keystone

ANZEIGE

FREELANDER 2
DIE RUHE VOR, WÄHREND
UND NACH DEM STURM.

SWISS DEAL **CHF 3500.– Prämie***
3.9% Leasing*

LAND ROVER
ABOVE AND BEYOND

Den Freelander 2 bringt so leicht nichts aus der Ruhe. Kein Wetter, kein Untergrund, keine Verkehrssituation. Er meistert jede Herausforderung souverän, egal ob Sie sich für einen der beiden Dieselmotoren oder den neuen 2.0-Liter-Si4-Benzinmotor mit noch höherer Leistung bei noch niedrigerem Verbrauch entscheiden. Fahren Sie den Freelander 2 jetzt zur Probe. Mit seinen neuen Ausstattungsmerkmalen wie etwa dem klangstarken Meridian Audiosystem wird er auch bei Ihnen Begeisterungstürme auslösen. Schauen Sie jetzt bei uns rein. www.landrover.ch



Emil Frey AG
Autocenter Münchenstein
Grabenackerstrasse 10, 4142 Münchenstein
061 416 45 45, www.emil-frey.ch/muenchenstein

*Abgebildetes Modell: Freelander 2, 2.2 eD4, man., 2WD, Modell S, 150 PS/110 kW, Gesamtverbrauch 6.0 l/100 km, Ø CO₂-Emission 158 g/km, Energieeffizienz-Kategorie B. Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge 153 g/km. Swiss Deal: gültig bis auf Widerruf auf den Freelander 2 Fahrzeugen. Berechnungsbeispiel: empfohlener Kunden-Nettoverkaufspreis CHF 41'700.–, abzüglich Kundenvorteil CHF 3500.–, jetzt CHF 38'200.–. Mit Swiss Deal Leasing 3.9% kumulierbar, Sonderzahlung 10% der Basispreisempfehlung, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, effektiver Jahreszins 3.97%, Kautions 5%, obligatorische Vollkasko nicht inbegriffen. Leasingrate monatlich CHF 472.30 inkl. MWST. Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt.

Ein bisschen Unfrieden

Etienne Jornod wird NZZ-Präsident – mit mässigem Resultat

Von Hansjörg Müller

Zürich. Die «Neue Zürcher Zeitung» ist mehr als nur eine Zeitung. Diese Aussage mag banal tönen, doch sie trifft zu. Die NZZ war einmal eine Autorität. Im Ausland galt sie als offiziöse Stimme der Schweiz, im Inland kam erst recht keiner an ihr vorbei: Wer sich für bürgerlich hielt, las sie, um zu wissen, wie er zu denken hatte, und wer sich für links hielt, las sie, um zu wissen, wie er nicht zu denken hatte. Eine Zeitung als nationale Institution.

Tempi passati: Heute steckt das Renommierblatt in einer Identitätskrise – und ist insofern kein Sonderfall mehr. Auflage und Einnahmen aus Inseraten gehen zurück, auch die stolze NZZ muss ihren Weg ins digitale Zeitalter erst noch finden. So gesehen, war es eine Generalversammlung in Zeiten des Umbruchs, die am Samstag stattfand.

Regelrechte Maulschellen

Auf der Traktandenliste standen die Wahl eines neuen Präsidenten sowie von drei Verwaltungsräten. Etienne Jornod (60), seit 17 Jahren an der Spitze des Medikamentenverteilers Galenica, wurde dabei erwartungsgemäss zum Präsidenten gewählt – mit einem Ergebnis allerdings, das keineswegs berauschend war: Immerhin ein Drittel der Anwesenden verweigerte dem Romand die Zustimmung. Auch die siegreichen Kandidaten für die übrigen Posten, der Werbefachmann Dominique von Matt, der Rechtsanwalt Christoph Schmid sowie die Marketing-Expertin Isabelle Welton, schnitten alles andere als überaus ab: Sie alle erreichten nur wenig mehr als 80 Prozent der Stimmen, und erzielten damit Resultate, die regelrechte Maulschellen gleichkommen.

Gärt es im Aktionariat der NZZ? Sind die mässigen Wahlergebnisse Ausdruck einer verbreiteten Unzufriedenheit? «Bald sitzen nur noch Werber, Marketing-Fachmänner, Internet-Experten und vereinzelte Quotenfrauen im Verwaltungsrat», erklärt sich ein Aktionär die Ohrfeigen für Jornod und Co. An Verwaltungsräten, die glaubwürdig «ein publizistisches Credo» vertreten, fehle es dagegen.

Gewiss, Jornod habe Galenica zum Erfolg geführt, von daher sei er sicher keine schlechte Wahl. Leute, die journalistisches Flair und ein Gespür für Finanzen miteinander zu verbinden

wüssten, gebe es bei der NZZ allerdings nicht mehr. Hier habe der Abgang des früheren Präsidenten Konrad Hummler eine grosse Lücke hinterlassen. Der St. Galler Privatbankier legte das NZZ-Präsidium im Februar 2012 interimistisch in die Hände des FDP-Politikers Franz Steinegger, nachdem die US-Behörden seine Bank Wegelin & Co. im Zuge des Steuerstreits in die Knie gezwungen hatten.

Von einer turbulenten Generalversammlung könne jedoch trotz aller Unzufriedenheit keine Rede sein, berichtet ein Teilnehmer: Abgesehen vom Wahlgeschäft sei die Veranstaltung «traditionell und brav abgewickelt» worden. Hinsichtlich der journalistischen Qualität habe man sich «gegenseitig auf die Schulter geklopft», der Rückgang bei Auflagen und Inseraten sei allenfalls am Rande ein Thema gewesen.

Ausgerechnet die Online-Strategie, das Geschäftsfeld also, auf dem in den kommenden Jahren und Jahrzehnten aller Voraussicht nach über Sein oder Nichtsein der meisten Medienunternehmen entschieden werden wird, sei überhaupt nicht besprochen worden.

Kommt ein Rechtsrutsch?

Ein Thema, das im Vorfeld der Versammlung gewisse Sonntagszeitungen beinahe zum Hyperventilieren brachte, war ein möglicher Rechtsrutsch bei der NZZ. Von einem veritablen «Putschversuch» war vereinzelt sogar die Rede. Grund waren gewisse Forderungen der Interessengemeinschaft «Freunde der NZZ», eines Vereins von 75 Aktionären, die zusammen 15 Prozent des Aktienkapitals besitzen.

Zu reden gab vor allem ein Anliegen des Vereins: Die derzeitige Eintragungspraxis sei zu ändern. Dass man noch immer keiner anderen Partei als der FDP angehören dürfe, um Aktionär zu werden, sei nicht mehr zeitgemäss, sagt der Zürcher Kommunikationsberater Edwin van der Geest, einer von drei Gründern der Interessengemeinschaft.

Den oft gehörten Vorwurf, als trojanisches Pferd der SVP zu agieren, weist der parteilose van der Geest zurück: Liberale gebe es heute in vielen Parteien, in der CVP und der GLP etwa, selbst bei der SP. «Die NZZ vertritt seit ihrer Gründung das liberale Unternehmertum», so van der Geest. Bis ins letzten Jahrhundert hinein sei dies eine Domäne der FDP gewesen. Dies habe sich jedoch seit

Ende der 1980er-Jahre geändert. Tatsächlich halten die meisten Beobachter die «Freunde der NZZ» für relativ unpolitisch. Wirtschaftliche Überlegungen stünden für sie eindeutig im Vordergrund, berichtet ein Aktionär, der selbst nicht zur Interessengemeinschaft gehört, van der Geest und seine Mitstreiter aber gut kennt.

Dabei gehe es den «Freunden» vor allem um formale Fragen: «Noch immer wird Aktionären, die nicht ins Aktienbuch eingetragen sind, keine Dividende ausbezahlt. Dies ist heutzutage völlig unüblich.» Dies wolle die Interessengemeinschaft ändern, doch der Verwaltungsrat habe sich in dieser Frage bis jetzt enorm schwerfällig verhalten.

«Geradezu zahm»

Auf der Traktandenliste stand die Eintragungspraxis am Samstag nicht. Aufgrund eines Formfehlers war das Anliegen van der Geests und seiner Mitstreiter Erhard Lee und Oliver Benz schon im Vorfeld der Generalversammlung abgeschmettert worden. Was nicht heisst, dass die Initianten nun unzufrieden wären: «Wir hatten intensiven Kontakt mit dem Verwaltungsrat, und ich habe den Eindruck, dass dieser ein offenes Ohr für unsere Anliegen hat. Die Themen, die wir angehen wollten, geht der Verwaltungsrat nun von sich aus an, sagt van der Geest. «Geradezu zahm» hätten sich die «Freunde der NZZ» denn auch verhalten, versichert ein Beobachter, und das, obwohl ihnen von den Medien eigentlich die Rolle des Störenfrieds zugedacht worden war.

Ein bisschen Unfrieden gab es aber doch auf dieser ansonsten eher ruhigen Generalversammlung: Ein Redner bezeichnete Etienne Jornod vor dessen Wahl als «Abzocker». Der Grund: Jornod hatte als Vergütung für das vergangene Jahr von Galenica 3,9 Millionen Franken erhalten.

Der Zeitgeist, den Grossverdienern alles andere als wohlgesonnen, macht also auch vor dem Aktionariat der NZZ nicht halt, auch wenn Edwin van der Geest Gegensteuer gibt: «Bei Galenica ist Jornod in einem schwierigen Umfeld angetreten – und er blieb dem Konzern 17 Jahre lang treu», gibt er zu bedenken. Heute sei Galenica «ein Konzern, der vor Kraft nur so strotzt». Eine ähnliche Performance erhofft man sich von Jornod nun auch bei der NZZ. Einfach wird er es sicher nicht haben.

Nachrichten

Polizeidirektoren wollen mehr Gefängnisplätze

Bern. Um die Überbelegung in Schweizer Gefängnissen abzubauen, wünscht die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) zwischen 900 und 1000 neue Haftplätze. Dies erklärte der Zürcher Regierungsrat Martin Graf der «Schweiz am Sonntag». «Wir haben zu wenig Plätze vor allem im geschlossenen Vollzug», so Graf. Er ist Präsident für Strafvollzug und Anstaltswesen bei der KKJPD. SDA

Bundesrat Ueli Maurer verspricht Transparenz

Bern. Nach der Kritik der Eidgenössischen Finanzkontrolle am Budget der Armee für das World Economic Forum Davos verspricht Verteidigungsminister Ueli Maurer mehr Transparenz. Dem Wunsch der Finanzkontrolle nach mehr Transparenz könne sein Departement nachkommen, da «wir das Rechnungssystem verbessert haben», sagte Maurer gegenüber Radio SRF. SDA

Pro Bahn Schweiz kritisiert die SBB

Bern. Die Organisation Pro Bahn Schweiz fordert die SBB auf, bei Billettkontrollen mehr Augenmass und Kulanz an den Tag zu legen. Kunden sollten nicht wie Kriminelle behandelt werden, kritisiert die Organisation. Oft seien defekte Billettautomaten der Grund dafür, dass jemand ohne gültiges Billett im Zug sitze. SDA

Grüne scheitern im Kanton Solothurn

Der Regierungsrat bleibt bürgerlich

Von Kurt Tschan

Solothurn. Die Sitzverteilung im Regierungsrat des Kantons Solothurn bleibt unverändert. Im zweiten Wahlgang setzten sich mit Roland Fürst (Gunzen) und Roland Heim (Solothurn) die beiden Vertreter der CVP sowie Remo Ankli von der FDP durch. Die frühere Nationalrätin der Grünen, Brigit Wyss, musste sich unerwartet deutlich geschlagen geben.

Im ersten Wahlgang hatte die Stadt-solothurnerin mit dem viertbesten Resultat überrascht, allerdings das absolute Mehr verpasst. Am Wochenende konnte sie ihren Exploit nicht wiederholen. Sie erzielte mit 29 172 Stimmen das schlechteste Resultat aller vier Kandidaten und verlor im Vergleich zum fünften des ersten Wahlganges, Roland Heim, deutlich an Terrain. Fürst kam auf 32 889 Stimmen, Heim auf 31 717. Sein klar verbessertes Ergebnis führte er gegenüber der BaZ primär auf «Knochenarbeit an der Basis» zurück. Zusammen mit Parteifreunden und Tambouren-Kollegen habe er in den letzten Tagen mehr als 6000 Briefe an Wähler verschickt.

Einen Start-Ziel-Sieg beim zweiten Wahlgang legte Remo Ankli hin. Mit 36 038 Stimmen liess er den Direktor der Solothurner Handelskammer, Roland Fürst, um beachtliche 3149 Stimmen hinter sich. Im ersten Wahlgang

hatte Ankli noch einen Rückstand von 1829 Stimmen auf Fürst ausgewiesen.

Angesprochen auf seinen klaren Sieg, zeigte sich Ankli bescheiden. «Das Solothurner Volk will auch in Zukunft einen FDP-Vertreter in der fünfköpfigen Regierung», sagte der Gemeindepräsident von Beinwil, der seinen bisherigen Wohnsitz behalten, in Solothurn aber «ein Zimmer mieten will». Der studierte Historiker und Theologe hatte von einer starken Unterstützung seiner Partei profitiert. Er war das meistgesehene Gesicht im Wahlkampf. Zudem besuchte der Gemeindepräsident von Beinwil unzählige Anlässe, um sich als Sekretär seiner Partei insbesondere dem Passwang bekannter zu machen.

Tiefere Stimmbeteiligung

Bürgerbetont und volksnah will Ankli auch als Regierungsrat arbeiten. Er, der sich vorstellen kann, das Bau- und Justizdepartement von Walter Straumann (CVP) zu übernehmen, spricht von einer Richtungswahl. Die Solothurner Regierung bleibe klar bürgerlich.

Ankli profitierte nach eigenen Angaben von anderen bürgerlichen Kräften im Kanton wie der SVP. Diese hatte nach dem schlechten Abschneiden ihres Kandidaten Albert Studer auf eine Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichtet. Mit 35,1 Prozent lag die Stimmbeteiligung um 7,7 Prozent tiefer als beim ersten Wahlgang.